

Wachstum als Voraussetzung für Vollbeschäftigung ?

- 1. Historische Entwicklung**
- 2. Die Grundthese und die Kritik an ihr**
- 3. Erklärung der Grundthese**
- 4. Varianten der Produktionsfunktion**
- 5. Extensives versus intensives Wachstum**
- 6. Verschiedene Arten des technischen Fortschrittes**
- 7. Freisetzungseffekt versus Kompensationseffekt**
- 8. Die Ursachen für nichtneutralen Fortschritt**
- 9. Wachstum einzige Voraussetzung f. Vollbeschäftigung ?**
- 10. Das Nachhinken des Arbeitsmarktes**
- 11. Bedingungen für Vollbeschäftigung ohne Wachstum**

1. Historische Entwicklung

Zu allen Zeiten der Wirtschaftswissenschaft wurde die Frage kontrovers diskutiert, unter welchen Voraussetzungen mit Vollbeschäftigung zu rechnen ist. Adam Smith, der Begründer der neueren Ökonomie im 18. Jahrhundert war optimistisch und hoffte, dass über Arbeitsteilung und Wettbewerb ein Wachstum erzeugt werde, das Vollbeschäftigung garantiere.

Wesentlich pessimistischer waren die Vertreter der klassischen Unterkonsumtionstheorie. Sie gingen davon aus, dass über kurz oder lang eine Sättigung im Konsum eintrete, aufgrund derer die Produktion und mit ihr die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgehe; es entstehe so eine Krise mit gesamtwirtschaftlicher Massenarbeitslosigkeit.

David Ricardo rechnet man eher zu den pessimistischen Vertretern der Klassik. In seinem System mündet die wirtschaftliche Entwicklung in eine Stagnation, die letztlich durch die Knappheit der Böden hervorgerufen wird und die dazu führt, dass sich auf lange Sicht das Lohnniveau auf das Existenzminimum einstellt. In seinem berühmten Maschinenkapitel, das er in die 2. Auflage seiner "Principles" aufnahm, räumte er ein, dass im Zuge einer Mechanisierung Arbeitsplätze auf Dauer vernichtet werden können.

Demgegenüber hatte Jean Baptiste Say das nach ihm genannte Say'sche Theorem entwickelt, wonach es keine gesamtwirtschaftliche dauerhafte

Massenarbeitslosigkeit geben könne, da sich jedes Angebot seine Nachfrage schaffe. Der Erlös des Angebotes werde voll zu Einkommen (entweder zu Faktoreinkommen oder der Rest zu Gewinnen), die Einkommen werden voll zur Nachfrage, entweder als Konsumgüter oder über die Ersparnis zur Investitionsnachfrage.

Es seien verstopfte Absatzwege, verursacht vor allem durch verzerrte Preisrelationen, die in einigen Branchen strukturelle Arbeitslosigkeit hervorrufen könnten. Mit zu geringer Nachfrage nach Konsumgütern könne jedoch Arbeitslosigkeit auf Dauer nicht erklärt werden, da Einkommen, das nicht für Konsumgüter verwendet werde, gespart werde und die Ersparnisse für Investitionen verwendet würden.

Hierbei ging Say von Personengesellschaften aus. Bei diesen Unternehmungen steht zunächst die Entscheidung zur Investition an und diese Entscheidung führt dann zur Ersparnisbildung bei den zur Investition bereiten Unternehmungen. Man müsse also nicht mit der Gefahr rechnen, dass Einkommensteile gehortet werden und so nicht zu einer Investitionsnachfrage führten, da Ersparnisse nur dann und in dem Umfang gebildet würden, in denen auch die Bereitschaft zur Investition bestehe.

Nun werden schon lange nicht mehr die Volkswirtschaften von Personengesellschaften geprägt, noch sparen nur die Selbständigen. Wir haben zahlreiche Arbeitnehmerhaushalte, die sparen und ihre Ersparnisse den Banken zur Verfügung stellen, die ihrerseits Kredite an die investierenden Unternehmungen verleihen. Oder aber die Haushalte kaufen von den Ersparnissen Wertpapiere von Kapitalgesellschaften. Diese Unternehmungen erwerben einen Hauptteil ihres Kapitals durch Auflegen von Wertpapieren, die sie auf dem Kapitalmarkt verkaufen.

Obwohl nun Sparer und Investoren unterschiedliche Wirtschaftseinheiten darstellen (Haushalte als Sparer und Unternehmungen als Investoren) und obwohl deshalb zunächst die Gefahr besteht, dass mehr (oder auch weniger) gespart wird als die Unternehmungen zu investieren beabsichtigen, gingen die Neoklassiker doch davon aus, dass in einer funktionierenden Marktwirtschaft Ersparnisse und Investitionen im Gleichgewicht die gleiche Höhe aufweisen, sodass nach wie vor das Say'sche Theorem gültig bleibt.

Auf einem freien Kapitalmarkt werde der Zins solange verändert, bis Angebot und Nachfrage nach Kapital übereinstimmen. Werde zu viel gespart, so sinke der Zins, das veranlasse die Haushalte weniger zu sparen; gleichzeitig würden aufgrund der Zinssenkung weitere Investitionsobjekte rentabel, sodass die Nachfrage nach Krediten (und damit nach Ersparnissen) ansteige; das Ungleichgewicht werde abgebaut und die Zinsen sanken

solange, bis ein Gleichgewicht zwischen Sparsumme und Investitionssumme erreicht sei.

John Maynard Keynes nahm diese Diskussion wieder auf, in dem er nachzuweisen versuchte, dass die Ersparnisse gar nicht zur Bank getragen, sondern gehortet würden und dass die Investitionen auf Zinssenkungen kaum reagierten, mit der Folge, dass Einkommensteile versickerten, dass die gesamte effektive Nachfrage nicht mehr dem möglichen Angebot entspreche und dass deshalb gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit entstehe, die auch durch Lohn- oder Preissenkungen nicht abgebaut werden könne. Nur durch Vergrößerung der effektiven Nachfrage, z. B. durch ein Defizit im Staatshaushalt oder durch einen Anstieg in der Konsumquote könne diese Lücke geschlossen und wiederum Vollbeschäftigung erreicht werden.

Während Keynes Massenarbeitslosigkeit als ein vorübergehendes, konjunkturelles Problem ansah, ging sein Schüler Alvin Hansen in der pessimistischen Aussage noch einen Schritt weiter, in dem er eine langfristige Stagnation und damit Massenarbeitslosigkeit auf Dauer befürchtete. Schuld daran sei vor allem die Bevölkerungsstagnation in den hoch entwickelten Volkswirtschaften. Mit dem Ansteigen der Einkommen sei auch die Ersparnis absolut wie relativ gestiegen, die für eine Vollbeschäftigung notwendige Zunahme in den Investitionen sei jedoch nur bei einem Bevölkerungswachstum zu erwarten; denn bei Bevölkerungswachstum entstehe Mehrnachfrage nach Wohnungen und Arbeitsplätzen, in beiden Fällen sei eine starke Ausweitung der Investitionssumme notwendig.

Entfiere bei Bevölkerungsstagnation die Notwendigkeit, mehr Wohnungen und Arbeitsplätze zu errichten, sänke das Investitionsvolumen unter das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Sparsumme mit der Folge, dass es an Güternachfrage mangle, um alle Arbeitskräfte zu beschäftigen.

2. Die Grundthese und die Kritik an ihr

Heute entspricht es allgemeiner Überzeugung, dass die Arbeitslosigkeit nur dann entscheidend reduziert werden könne, wenn eine Wachstumsrate des realen Inlandsproduktes von mindestens 2,5 oder mehr erzielt würde.

Diese These ist aus ökologischer Sicht bedenklich. Wäre sie richtig, so wären wir zu einem permanenten Wachstum verurteilt, um Vollbeschäftigung zu garantieren. Genau dies ist jedoch auf sehr lange Sicht gar nicht möglich. Wir müssen davon ausgehen, dass ein Großteil der natürlichen Ressourcen begrenzt ist, dass die natürlichen Ressourcen bei der Produktion verbraucht werden und dass sie nicht unbedingt und in jedem Falle ersetzt werden können.

Am wenigsten mag dies noch für die Energierohstoffe gelten. Die traditionellen fossilen Energierohstoffe (Kohle, Holz, Öl, Gas) sind zwar begrenzt und sie werden bei der Produktion verbraucht, es können jedoch neue Energiequellen wie vor allem Sonnenenergie, Erdgas und Windenergie gewonnen werden, auf sehr lange Sicht steht vor allem die Sonnenenergie noch für Milliarden von Jahren zur Verfügung. Trotzdem können für eine begrenzte durchaus größere Zeit bedeutende Engpässe entstehen, wenn es nicht gelingt, die Technik zur massenweise Ausbeute der Sonnenenergie rechtzeitig zu entwickeln.

Weiterhin können teilweise Rohstoffe durch Kunststoffe ersetzt werden und bestimmte Rohstoffe, die bei der Produktion und beim Konsum nicht endgültig verbraucht werden, können durch Recycling zurückgewonnen werden. Insgesamt gilt aber für Rohstoffe, dass sie nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen und deshalb die Wachstumsmöglichkeiten einschränken.

Auch der Raum als solcher ist ein knappes Gut und kann nicht beliebig vermehrt werden. Natürlich hat die Erde noch lange nicht die Bevölkerungsdichte einer Großstadt erreicht. Trotzdem gibt es auch aus ökologischer Sicht räumliche Grenzen, da die Versiegelung des Bodens den Wasserhaushalt und andere natürliche Prozesse behindert.

Es ist eine beängstigende These, dass Vollbeschäftigung nur mit permanentem Wachstum möglich sein solle. Aus Gerechtigkeitsgründen wird man den heutigen Entwicklungsländern wohl kaum verwehren können, einen ähnlich hohen Entwicklungsstand anzustreben, wie ihn die heute bereits hoch entwickelten Industrienationen erreicht haben.

In Anbetracht der Knappheit der natürlichen Ressourcen ist hier kaum Platz für ein anhaltendes reales Wachstum auch in den Industrienationen. An und für sich sollte die Entwicklung des Bedarfs, und zwar des Bedarfs, der nicht über Werbung künstlich geweckt werden muss, darüber entscheiden, ob und in welchem Umfang ein Wachstum benötigt wird und erwünscht ist.

3. Erklärung der Grundthese

Die These, dass wir permanentes Wachstum benötigen, um Vollbeschäftigung zu erreichen, basiert auf einer einfachen gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion, in der das Inlandsprodukt als Funktion des Arbeitskräfteeinsatzes dargestellt wird:

$$Y = f(A)$$

(Y : Inlandsprodukt A : Arbeitskräfteeinsatz in Personen gerechnet)

Steigt die Nachfrage nach Gütern, wird mehr produziert, das Inlandsprodukt Y steigt an und zur Produktion dieser zusätzlichen Güter werden bei gleicher Arbeitszeit pro Arbeitnehmer auch zusätzliche Arbeitskräfte benötigt: Die Beschäftigung steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt.

Dass es einer Mindestmehrnachfrage nach Gütern und damit einer bestimmten Mindestwachstumsrate des Inlandsproduktes bedarf, bis die Nachfrage nach Arbeitskräften auf die Ereignisse auf den Gütermärkten reagiert und ebenfalls ansteigt, wird damit begründet, dass Unternehmer bei einem konjunkturell bedingten Rückgang der Produktion nicht sofort und nicht in gleichem Maße Arbeitskräfte entlassen, obwohl für die Produktion weniger Arbeitskräfte als bisher benötigt werden und dass deshalb bei einem Aufschwung zunächst auf diese gar nicht entlassenen, aber in Rezessionszeiten zur Produktion nicht benötigten Arbeitskräfte zurückgegriffen werden kann.

Zwei Gründe sind für ein solches Verhalten verantwortlich: auf der einen Seite genießen die meisten Arbeitskräfte Kündigungsschutz, aufgrund dessen sie überhaupt nicht oder erst nach einer längeren Zeit entlassen werden können. Auf der anderen Seite erwarten die Unternehmer, dass in naher Zukunft die Konjunktur wieder anspringt, dass sie dann wiederum mehr Arbeitskräfte benötigen, dass aber dann die Gefahr besteht, dass sie keine geeigneten Arbeitskräfte sofort finden bzw., dass neue Arbeitskräfte für den speziellen Arbeitsplatz ausgebildet werden müssen und dass diese Ausbildungskosten höher liegen als die Kosten, die entstehen, wenn die besonders geeigneten Fachkräfte weiterbeschäftigt werden, obwohl während der Rezession diese Arbeitskräfte für die unmittelbare Produktion nicht benötigt werden.

Steigt nun die Konjunktur an, so können die Unternehmer auf diese Arbeitskräftereserve zurückgreifen und können die Produktion ausweiten, ohne dass sie sofort neue Arbeitskräfte neu einstellen müssen.

Diese Verzögerung der Arbeitsnachfrage wird noch durch folgenden Umstand vergrößert: Wenn bisher die Marktlage durch eine Rezession bestimmt war und wenn eine Unternehmung einen zusätzlichen Auftrag erhält, so ist es für diese Unternehmung schwierig festzustellen, ob es sich um einen einmaligen Auftrag handelt oder ob dieser Auftrag bereits den neuen Aufschwung signalisiert, dem weitere Aufträge folgen werden.

Bei dieser Unsicherheit wird das Unternehmen den Versuch machen, die durch den zusätzlichen Auftrag entstehende Mehrnachfrage nach Arbeit durch Überstunden der bestehenden Beschäftigten zu befriedigen und noch nicht neue Arbeitskräfte einstellen. Sollte sich nämlich herausstellen, dass es sich nur um einen einmaligen Auftrag gehandelt hat, so hätte dieses Unternehmen wegen des Kündigungsschutzes unter Umständen Schwierigkeiten, diese gerade neu eingestellten Arbeitskräfte wieder zu entlassen. Aber selbst dann, wenn diese Arbeitskräfte bei fehlendem weiteren Bedarf wieder entlassen werden könnten, wären für diese Arbeitskräfte auf jeden Fall hohe Einarbeitungskosten entstanden, die sich für eine Unternehmung erst lohnen, wenn diese Arbeitskräfte für längere Zeit beschäftigt werden können. So ist es für eine Unternehmung sehr viel effizienter, die Mehrnachfrage zunächst bei Beginn des Aufschwungs durch Überstunden abzudecken.

4. Verschiedene Varianten der Produktionsfunktion

Schauen wir uns nun die Produktionsfunktion etwas genauer an. Die einfachste Variante liegt vor, wenn wir limitationelle Prozesse unterstellen und annehmen, dass der Arbeitskoeffizient (A/X) konstant ist. Für die Erstellung einer Produktionseinheit wird in diesem Falle eine ganz bestimmte Zahl von Arbeitseinheiten (z. B. Arbeitsstunden) benötigt, in den restlichen Produktionsfaktoren treten keine Engpässe auf. Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt proportional mit der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen.

Etwas komplizierter ist der Zusammenhang, wenn wir eine klassische Produktionsfunktion unterstellen, bei der die Arbeitsstückkosten mit wachsender Produktion zunächst fallen, um dann von einer kritischen Menge an zu steigen. Für die Arbeitsnachfrage bedeutet dies, dass zunächst die Nachfrage schwächer, ab der kritischen Menge jedoch stärker ansteigt als die Güternachfrage.

5. Extensives versus intensives Wachstum

Nun unterscheidet man im Allgemeinen zwischen einem extensiven und einem intensivem Wachstum. Von extensivem Wachstum spricht man dann, wenn sich die Wachstumsrate allein auf die reale Inlandsproduktmenge bezieht.

Die Ursache dieses Wachstums bleibt zunächst unbestimmt, die Bevölkerung und mit ihr die Zahl der Arbeitskräfte kann gestiegen sein, das Inlandsprodukt kann auch einfach deshalb zugenommen haben, weil mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden oder auch mehr Arbeitsstunden pro Beschäftigten geleistet werden. Das ist aber im Allgemeinen nicht das, was man unter Wachstum im Sinne von Wohlstandssteigerung versteht. Im Grunde handelt es sich hier lediglich um einen tautologischen, also selbstverständlichen Zusammenhang. Wir haben Wachstum, weil mehr Arbeitskräfte beschäftigt werden und weil wir Wachstum haben, werden mehr Arbeitnehmer beschäftigt.

Wachstum im engeren Sinne wird im allgemeinen so verstanden, dass die Bevölkerung reicher geworden ist, dass die Produktivität der Arbeit (bzw. allgemeiner: die Produktivität der Faktoren) angewachsen und als Folge hiervon das Einkommen pro Person gestiegen ist. Hier spricht man von intensivem Wachstum und nur dieses intensive Wachstum ist eigentlich angesprochen, wenn man von Wachstum im Sinne von Wohlstandssteigerung spricht.

Sprechen wir jedoch von intensivem Wachstum, so ist der Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung sehr viel komplizierter als bisher besprochen. Es ist nicht mehr eindeutig, dass Wachstum die Beschäftigung steigert, es muss sogar mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass Wachstum Arbeitsplätze vernichtet und dass auf diese Weise die Arbeitslosigkeit aufgrund des Wachstums sogar steigt.

6. Die verschiedenen Arten des technischen Fortschrittes

Solange lediglich die Produktivität eines Faktors (also z. B. des Arbeitsfaktors) gestiegen ist und die Nachfrage nach Gütern zunächst noch konstant bleibt, sinkt bei gegebenem Inlandsprodukt auf jeden Fall die Nachfrage nach Arbeitskräften. In welchem Umfang dies geschieht, hängt nun entscheidend von der Art des technischen Fortschrittes ab. R. F. Harrod hatte den Begriff des neutralen technischen Fortschrittes geprägt, bei dem sich die technischen Verbesserungen bei allen Faktoren gleichmäßig auswirken, es wird also zur Produktion einer Produktionseinheit von allen Faktoren in gleichem Maße eingespart, während beim arbeitssparenden technischen Fortschritt in erster Linie, aber nicht ausschließlich Arbeitseinheiten eingespart werden und beim kapitalsparenden Fortschritt insbesondere, aber wiederum nicht ausschließlich Kapital pro Produktionseinheit weniger benötigt wird.

Im weiteren Verlauf der Entwicklung der Wachstumstheorie wurde der Begriff des technischen Fortschrittes präzisiert. Während Harrod dann von neutralem technischen Fortschritt sprach, wenn bei gleichbleibendem Zinssatz der Kapitalkoeffizient (K/Y) konstant bleibt, hatte John Richard Hicks von neutralem Fortschritt dann gesprochen, wenn bei konstantbleibendem Lohn-/Zinsverhältnis das Einsatzverhältnis Kapital zu Arbeit (K/A) konstant bleibt.

Robert Merton Solow hatte einen dritten möglichen Begriff des neutralen Fortschrittes hinzugefügt: Neutral ist der technische Fortschritt dann, wenn bei konstantem Lohnsatz der Arbeitskoeffizient (A/Y) unverändert bleibt.

Unabhängig von der Art des technischen Fortschrittes und der Definition des neutralen Fortschrittes werden somit Arbeitseinheiten zur Produktion einer Gütereinheit in geringerem Maße benötigt, sodass bei unverändertem Inlandsprodukt auf jeden Fall die Arbeitslosigkeit steigt. Die Art des technischen Fortschrittes entscheidet nur darüber, in welchem Umfang letztlich die Arbeitslosigkeit steigt.

7. Freisetzungseffekt versus Kompensationseffekt

Nun müssen wir uns natürlich darüber im Klaren sein, dass die Produktivitätssteigerung im allgemeinen durch eine Zunahme der Investition ausgelöst wurde und dass diese Investitionssteigerung selbst wiederum Einfluss auf das Wachstum und auf die Beschäftigung hat.

Im allgemeinen können wir davon ausgehen, dass Investitionssteigerungen eine Zunahme des Inlandsproduktes auslösen, wobei die Zunahme des Inlandsproduktes ein Vielfaches der Zunahme der Investitionssumme darstellt. Hierbei gibt der Einkommens-Multiplikator – im einfachsten Fall der reziproke Wert der Sparneigung – darüber Auskunft, um das wie vielfache das Inlandsprodukt im Verhältnis zur Investitionszunahme steigt.

Nimmt aber das Inlandsprodukt zu, so steigt ceteris paribus auch wiederum die Nachfrage nach Arbeit. Wir haben also im Zusammenhang mit dem intensiven Wachstum zwei entgegengesetzt gerichtete Wirkungen auf die Arbeitsnachfrage zu erwarten. Auf der einen Seite werden für das laufende Inlandsprodukt weniger Arbeitskräfte benötigt, auf der anderen Seite steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften wegen der Zunahme der Investition und der Güternachfrage. Es entsteht nun die Frage, welcher Effekt überwiegt, ob das intensive Wachstum per Saldo zu einer Abnahme oder zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führt.

Diese Frage wurde auch schon in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts diskutiert, man sprach vom Freisetzungseffekt und vom Kompensationseffekt einer Rationalisierung. Während eine pessimistische Gruppe von der Befürchtung ausging, dass der Freisetzungseffekt überwiegt, war eine optimistische Gruppe hingegen der Überzeugung, dass der Kompensationseffekt stärker ist und insofern die Rationalisierung zwar an einer anderen Stelle (nämlich im Investitionssektor) letztlich und per Saldo aber zu einer Zunahme der Arbeitsnachfrage in der gesamten Volkswirtschaft führe.

Ob der Kompensationseffekt überwiegt, hängt letzten Endes u.a. davon ab, welche Art von technischem Fortschritt gewählt wird. Auch die Höhe des Multiplikators ist natürlich von Bedeutung.

Wenn wir von einem kapitalsparenden Fortschritt ausgehen könnten, wären die Chancen, dass die Arbeitsnachfrage per Saldo steigt, wesentlich größer als wenn ein arbeitssparender Fortschritt gegeben ist. Wir haben uns also im Weiteren zu fragen, wovon es denn abhängt, welche Art von technischem Fortschritt verwirklicht wird. Die frühen Wachstumstheoretiker wie vor allem Harrod gingen bekanntlich von einem neutralen technischen Fortschritt in langfristiger Sicht aus, da sie keine Kräfte ausmachen konnten, die einseitig den einen oder den anderen Faktor begünstigen.

Nicholas Kaldor ging in seiner Wachstumstheorie sogar noch einen Schritt weiter, in dem er nachzuweisen versuchte, dass wachstumsimmanente Kräfte am Werke seien, die den Wachstumspfad langfristig immer wieder auf einen neutralen Fortschritt drängen. Immer dann, wenn der tatsächliche Wachstumspfad vom Pfad eines neutralen technischen Fortschrittes in Richtung arbeitssparenden Fortschritt abweiche, sinke mit der Nachfrage nach Arbeit der Lohnsatz und dies wiederum veranlasse die Unternehmer, stärker nach kapitalsparenden, arbeitsverbrauchenden Innovationen Ausschau zu halten. Diese Tendenz kann sich jedoch nur dann durchsetzen, wenn die Löhne stets auf das Gleichgewichtsniveau eines Wettbewerbs auf dem Arbeitsmarkt hin tendieren. Dies ist jedoch vor allem wegen der Existenz von Gewerkschaften keinesfalls die Regel.

8. Die Ursachen für nichtneutralen Fortschritt

In Wirklichkeit müssen wir jedoch davon ausgehen, dass auf den Märkten Verhältnisse vorliegen, die auf einen nichtneutralen technischen Fortschritt drängen. Hierbei spielen vor allem die Faktorpreisrelationen eine entscheidende Rolle. Die Faktorpreisrelationen (l/i) spiegeln auf freien Märkten die Knappheit der Produktionsfaktoren (Arbeit/Kapital) wieder.

Voraussetzung ist allerdings, dass die Faktorpreisrelationen Gleichgewichtspreise darstellen. Prinzipiell gibt es immer eine (und eben nur eine) Faktorpreisrelation, die ein Gleichgewicht garantiert und eine volle Auslastung der Produktionsfaktoren ermöglicht. Weicht nun durch Machteinfluss die tatsächliche Faktorpreisrelation von der gleichgewichtigen ab, so entstehen Ungleichgewichte und es stellt sich z. B. bei einem zu hohen Lohn im Vergleich zum Zins Arbeitslosigkeit ein.

Erzwingen nun die Gewerkschaften einen Reallohn bzw. ein Lohn/Zins-Verhältnis (l/i), das über dem gleichgewichtigen Lohn/Zins-Verhältnis liegt, so ist nicht nur vorübergehend Arbeitslosigkeit die Folge. Auf lange Sicht führt der zu hohe Reallohn nämlich dazu, dass die Unternehmer bei Einführung neuer Technologien immer mehr zu den arbeitssparenden Innovationen greifen, nicht nur weil diese billiger sind, sondern weil sie bei funktionierendem starkem Wettbewerb nur auf diese Weise die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten werden können. Die Arbeitslosigkeit wird zu einer Dauererscheinung.

Diese Prozesse werden bei Durchführung keynesianischer Geldpolitik noch verstärkt. Nach keynesianischem Rezept sollten ja bei Rezession und Massenarbeitslosigkeit die Kreditzinsen verringert werden. Eine Verringerung der Kreditzinsen ist ceteris paribus (bei unveränderter aggressiver Lohnpolitik) jedoch gleichbedeutend mit einem Anstieg des Lohn/Zins-Verhältnisses (l/i), die Unternehmer erhalten somit erneute Anreize, zu arbeitssparenden Innovationen überzugehen und Arbeitskräfte zu entlassen.

Arbeitssparende Innovationen stellen nur dann einen echten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dar, wenn es an Arbeitskräften mangelt und bestimmte Güter und ein bestimmtes Wachstum ohne arbeitssparende Innovation gar nicht erreicht werden könnte. Wenn es aber eine generelle Massenarbeitslosigkeit und eben nicht nur eine strukturelle Arbeitslosigkeit gibt, dann bedarf es dieser arbeitssparenden Innovationen gar nicht, die Güterproduktion und das Wachstum ist auch bei bestehender Technik möglich, gleichzeitig ist die Wohlfahrt auch deshalb größer, weil die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Wenn Arbeitslosigkeit besteht, lässt sich bei Einführung arbeitssparender Innovationen nicht mehr von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt sprechen, nur noch in technischem Sinne kann man mit Not noch von einem Fortschritt sprechen.

Soll mit Hilfe einer keynesianischen Geldpolitik die Arbeitslosigkeit vermindert werden, sollte das Lohn/Zins-Verhältnis – zur Realisierung der Vollbeschäftigung - gleichzeitig sinken, was gleichbedeutend ist mit der Forderung, dass die Nominallohnsätze stärker sinken müssen als die Zinssätze. Der Mangel der keynesianischen Geldpolitik liegt darin, dass sie

vorwiegend den Einfluss der Zinssätze auf die Erweiterungsinvestitionen beachtete und den Einfluss auf die eigentlich innovativen Rationalisierungsinvestitionen vernachlässigte. Von Erweiterungsinvestitionen spricht man dann, wenn die Investitionen vorwiegend zur Ausweitung der Produktionskapazität dienen, während Rationalisierungsinvestitionen dann vorliegen, wenn aufgrund neuer Techniken die Effizienz der Produktivkräfte gesteigert wird.

Keynes ging von der Vorstellung aus, dass in Zeiten der Rezession die Investitionsbereitschaft der Unternehmer zurückgeht, da aufgrund des gesunkenen Absatzes auch weniger Produktionskapazität benötigt wird. Er übersah, dass die Unternehmer gerade in Rezessionszeiten über Rationalisierungsinvestitionen ihre Absatzchancen verbessern können. Eine Rezession wird zwar zu einer Verminderung der Erweiterungsinvestitionen, aber gleichzeitig zu einer Zunahme der Rationalisierungsinvestitionen führen.

Fassen wir unsere bisherigen Ergebnisse zusammen: Der Einfluss von Wachstum im Sinne eines intensiven Wachstums (Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens bzw. der Produktivität der Produktionsfaktoren) auf den Beschäftigungsgrad ist ungewiss und hängt von der Art des technischen Fortschrittes ab.

Dieser wird selbst wiederum insbesondere durch die Faktorpreisrelationen gesteuert. Je niedriger das Lohn-Zins-Verhältnis ist, um so mehr kapitalsparender Fortschritt wird eingeführt und um so größer ist die Chance, dass die Mindernachfrage nach Arbeit aufgrund der innovativen Einsparungen kompensiert wird und zwar durch die Mehrnachfrage nach Arbeit aufgrund der Zunahme der Investitionen zusammen mit ihren multiplikativen Effekten.

Arbeitseinsparungen wird es bei jeder Art von technischen Innovationen geben, sie sind jedoch je nach Art des technischen Fortschrittes unterschiedlich und können bei vorwiegend kapitalsparendem Fortschritt zu meist durch das Mengenwachstum des Inlandsproduktes kompensiert werden. Es ist also zumindest denkbar, dass bei nicht zu stark arbeitssparenden Innovationen Wachstum zu Vollbeschäftigung führt. Eine Garantie, dass jedes größere Wachstum Vollbeschäftigung herbeiführt, gibt es jedoch nicht.

Massenarbeitslosigkeit bei den vorwiegend unteren Lohnklassen hängt jedoch zusätzlich von einem weiteren Tatbestand ab. Technischer Fortschritt führt nämlich nicht nur zu einer Einsparung von Ressourcen (vor allem von Arbeitskräften), sondern gleichzeitig zu einer Veränderung in der Struktur der Arbeitsnachfrage. Die Anforderungen an die Arbeitskräfte

steigen aufgrund des technischen Fortschrittes an und dies bedeutet, dass vermehrt gut ausgebildete Arbeitskräfte und in vermindertem Maße Arbeitskräfte mit einem geringen Bildungsniveau benötigt werden.

Hält das Bildungsniveau nicht Schritt mit dem allgemeinen technischen Fortschritt, so wird es gerade aufgrund eines wirtschaftlichen Wachstums immer schwieriger werden, die Arbeitskräfte der unteren Lohnklassen zu beschäftigen, die Massenarbeitslosigkeit bezieht sich dann vorwiegend auf die unteren Lohnklassen.

9. Wachstum einzige Voraussetzung für Vollbeschäftigung ?

Soweit zu der Frage, ob ein Wachstum von einem bestimmten Ausmaß an auf jeden Fall ausreicht, Vollbeschäftigung zu garantieren (Frage nach der ausreichenden Voraussetzung). Wir mussten diese Frage verneinen. Genauso wichtig scheint mir jedoch auch die andere Frage zu sein, ob wir auf jeden Fall ein bestimmtes permanentes Wachstum brauchen, um Vollbeschäftigung zu erhalten (Frage nach der notwendigen Voraussetzung). Angesichts der ökologischen Bedenken und angesichts der liberalen Forderung, dass ein souveräner Konsument darüber bestimmen sollte, wie viel Wachstum seinen Bedürfnissen am besten entspricht, sollte man nach Lösungen suchen, bei denen auch ohne permanentes Wachstum Vollbeschäftigung gesichert werden kann.

Wenden wir uns nochmals dem Say'schen Theorem zu. Nach Say schafft sich ja jedes Angebot seine Nachfrage, die Nachfrage entspricht also dem Angebot, innerhalb des von Say entwickelten Modells ist es gar nicht möglich, dass aus Mangel an Nachfrage Arbeitslosigkeit entsteht. Das bedeutet natürlich nicht, dass es keine Arbeitslosigkeit größeren Umfanges geben kann. Say selbst sprach vom Gesetz der verstopften Absatzwege und deutete damit an, dass aus strukturellen Mängeln heraus und zwar vor allem aufgrund falscher Preisrelationen trotzdem Arbeitslosigkeit in größerem Umfange entstehen kann, die Waren oder Faktorströme werden also in die falschen Wege geleitet und finden so nicht zusammen.

Es müssen also auch nach Say bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, damit Vollbeschäftigung möglich wird. De facto haben wir schon seit mehreren Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit, wir haben zu klären, wie es zu dieser Arbeitslosigkeit kommen konnte, worin also die verstopften Absatzwege bestehen und was getan werden kann, um Vollbeschäftigung auch ohne ein permanentes Wachstum zu realisieren.

Als erstes gilt es allerdings zu bedenken, dass eine vorübergehende Arbeitslosigkeit fast unvermeidlich ist. Zwei Gründe sind hierfür zu benennen.

Auf der einen Seite entwickelt sich eine marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft in zyklischen Bewegungen, was nichts anderes bedeutet, als dass die Produktionsanstrengungen über ihr Ziel hinausschießen, eine Aufwärtsbewegung geht zu weit, muss also wieder teilweise zurückgenommen werden, während eine Abwärtsbewegung zu einer zunächst zu großen Produktionsdrosselung führt, die gar nicht notwendig ist und sehr bald wieder korrigiert werden kann. Also wird der zu große Rückgang in der Produktion auch zu Arbeitsentlassungen führen,

vorübergehend, da ja annahmegemäß die Produktion zu weit gesunken ist; die Produktionskorrektur wird auch eine Korrektur in der Arbeitsnachfrage nach sich ziehen.

Ein zweiter Grund für vorübergehende Arbeitslosigkeit kann in Strukturverschiebungen liegen, der Bedarf ändert sich z.B. und aufgrund dieser Bedarfsänderung werden manche Arbeitsplätze überflüssig, dafür entstehen an anderer Stelle neue Arbeitsplätze.

Diese Strukturverschiebung führt zu vorübergehender Arbeitslosigkeit, da der Übergang von der einen Arbeitsstelle zur nächsten Zeit benötigt, Zeit zum Umzug, aber auch Zeit zur Anpassung in der Bildung, welche die neue Stelle notwendig macht. Da die vertikale Umstrukturierung neue Qualifikationen verlangt, besteht im einzelnen auch die Gefahr, dass einzelne Arbeitskräfte nicht in der Lage sind, diese neuen Qualifikationen zu erlernen, es treten andere Personen an ihre Stelle und nur in einem sehr langwierigen Substitutionsprozess, bei dem mehrere Personen ihren Arbeitsplatz wechseln, kann schließlich wieder Vollbeschäftigung erreicht werden.

Das eigentliche soziale Ärgernis liegt jedoch nicht in dieser vorübergehenden, sondern in der langfristigen Arbeitslosigkeit, bei welcher der einzelne mehr als ein Jahr arbeitslos ist. Kurzfristige Arbeitslosigkeit kann in einer Wohlstandsgesellschaft auch vom einzelnen hingenommen werden. Natürlich besteht die Möglichkeit, die Dauer dieser vorübergehenden Arbeitslosigkeit über politische Strukturmaßnahmen zu reduzieren.

Zu hohe Konjunkturschwankungen können z. B. dadurch vermieden werden, dass die öffentlichen Haushalte keine prozyklische, den Konjunkturausschlag verstärkenden Maßnahmen ergreifen, dass Staat und Notenbank auf eine langfristige stabile Politik setzen, bei der die Ausgaben an langfristigen Zielsetzungen und Konjunkturdaten ausgerichtet werden usw.

Fluktuationsarbeitslosigkeit kann darüber hinaus verkürzt werden, in dem den Arbeitnehmern vor Inkrafttreten einer Kündigung die Möglichkeit der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz eingeräumt wird. Weiterhin wird der Einsatz der neuen Medien (Internet, private Vermittlungsagenturen) zu einer Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzsuche beitragen können.

Man könnte weiterhin den sozialen Makel, der an Arbeitslosigkeit – auch an kurzfristiger Arbeitslosigkeit - hängt, schließlich auch dadurch vermindern, dass man einen zweiten sekundären Arbeitsmarkt schafft, in welchem als Arbeitgeber nur die öffentliche Hand und karitative Einrichtungen agieren, wobei ein Arbeitnehmer automatisch in dem Zeitpunkt, in dem er seinen Arbeitsplatz im primären Arbeitsmarkt verliert, von einem Arbeitgeber des sekundären Arbeitsmarktes übernommen wird.

Funktionieren wird ein solches Modell allerdings nur dann, wenn einige Voraussetzungen beachtet werden. Der Arbeitgeber darf mit seinem Angebot nicht in Konkurrenz zum primären, privaten Markt treten, er darf nur solche Leistungen produzieren, die auf dem freien Markt nicht produziert werden. Andernfalls wäre ein Verdrängungswettbewerb zu befürchten.

Umgekehrt muss der Arbeitnehmer ein massives Interesse daran haben, so bald wie möglich in den normalen ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Dies lässt sich nur dadurch erreichen, dass die Bezahlung und die sonstigen Arbeitsbedingungen insgesamt schlechter sein müssen als auf dem primären Markt. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass sich der sekundäre Markt immer mehr auf Kosten des primären Marktes ausbreiten würde. Dies würde jedoch zum Ruin der Volkswirtschaft führen, da echte Erträge und damit auch materielle Wohlfahrt fast nur im primären Markt erzeugt werden können.

10. Das Nachhinken des Arbeitsmarktes in der konjunkturellen Entwicklung

Wir hatten bereits erwähnt, dass die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der Entwicklung der Gütermärkte hinterherhinkt. Auch dieses Phänomen bewirkt, dass erst ab einer kritischen Wachstumsrate von etwa 2-3% auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage nach Arbeit ansteigt. Allerdings handelt es sich hier um ein Phänomen, das nur zu Unrecht als Arbeitslosigkeit erzeugend angesehen wird. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass für diese Entwicklung auf der einen Seite ein bestimmter Kündigungsschutz, auf der anderen Seite das sogenannte Arbeiterhorten (freiwilliges Behalten der Arbeitskräfte bei vorübergehendem fehlenden Bedarf) verantwortlich

ist. Hätten wir keinen Kündigungsschutz, so wären in der vorausgehenden Rezession vermutlich mehr Arbeitnehmer entlassen worden, die Arbeitslosenquote wäre in der Rezession höher ausgefallen und es wären in der beginnenden Aufschwungsphase schneller und mehr Arbeitnehmer eingestellt worden. Die Gesamtzahl der Beschäftigten wäre jedoch zu Beginn des Aufschwungs nicht größer gewesen, die Arbeitslosenzahl also auch nicht kleiner. Unter heutigen Bedingungen ist in der Rezession die Arbeitslosenquote geringer als sie ohne diese beiden Phänomene (Kündigungsschutz und Arbeiterhorten) wäre.

Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass im Zusammenhang mit dem Kündigungsschutz auf indirekte Weise die Arbeitslosenquote steigen kann.

Entlassungen in der Rezession sind oftmals die letzten Mittel, den Betrieb über Wasser zu halten; werden durch Kündigungsschutz diese notwendigen Entlassungen verhindert, besteht für manche Unternehmung die Notwendigkeit, Konkurs anzumelden und damit noch mehr Arbeitnehmer als ursprünglich geplant und damit notwendig in die Arbeitslosigkeit zu drängen.

Günstiger sieht die Situation beim Arbeiterhorten aus. Der Unternehmer verzichtet hier in der Rezession auf die Entlassung von Arbeitnehmern, vorwiegend Facharbeitskräften, obwohl sie augenblicklich für die Produktion nicht benötigt werden; er rechnet sich aus, dass es für ihn billiger kommt, die Arbeitnehmer auch in der Rezession ohne Arbeit zu bezahlen, als im kommenden Aufschwung neue Arbeitskräfte zu akquirieren; diese Aquirierung verursacht bereits Kosten, die dadurch noch erhöht werden, dass die neu eingestellten Arbeitskräfte für die spezielle Aufgabe im Betrieb erst ausgebildet werden müssen.

Ansonsten bleibt bestehen, dass die Zahl der Beschäftigten (bzw. der Arbeitslosen) im Aufschwung vom Arbeiterhorten unberührt bleibt; nur in der Rezessionsphase ist die Arbeitslosenquote etwas geringer. Diese Überlegungen dürfen allerdings nicht zu dem Schluss führen, dass Kündigungsschutz überflüssig sei und gänzlich abgeschafft werden sollte.

Auf allen Märkten, auf denen auf Dauer oder auch nur vorübergehend monopolioide Verhältnisse vorherrschen, besteht die Gefahr, dass Arbeitskräfte auch aus willkürlichen Gründen heraus entlassen werden.

Ein Kündigungsschutz hat die Aufgabe, den Umfang dieser Willkürmaßnahmen möglichst gering zu halten. Der Kündigungsschutz verliert jedoch seine Berechtigung, wenn aufgrund dieser Maßnahmen auch solche Kündigungen verhindert werden, die aufgrund der Veränderung in den Marktverhältnissen betrieblich notwendig werden. Man spricht hierbei

von rigorosem Kündigungsschutz. Dieser kann jedoch gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit nicht verhindern, er trägt sogar – wie gezeigt - dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit gesamtwirtschaftlich ansteigt.

11. Bedingungen für Vollbeschäftigung ohne Wachstum

Etwas komplizierter ist der Zusammenhang zwischen Wachstum und Vollbeschäftigung im Hinblick auf die langfristige Beziehung zwischen Output und Input, die in der Produktionsfunktion zum Ausdruck kommt.

Wir haben die Frage zu klären, ob Vollbeschäftigung auch ohne Wachstum möglich ist und unterstellen hierzu – um das Problem leichter in den Griff zu bekommen - eine vollkommene, stationäre Volkswirtschaft in dem Sinne, dass das gesamte Inlandsprodukt im Zeitablauf konstant bleibt, dass allerdings Strukturverschiebungen z. B. aufgrund eines Bedarfswandels durchaus möglich bleiben.

Arbeitslosigkeit bedeutet immer ein Ungleichgewicht und zwar zuungunsten der Anbieter von Arbeit. Nun gehen wir im Allgemeinen davon aus, dass auf funktionierenden Märkten die Kräfte des Marktes dafür Sorge tragen, dass Ungleichgewichte so schnell wie möglich abgebaut werden. Wenn über längere Zeit hinweg Arbeitslosigkeit bestehen bleibt, so ist dies ein Anzeichen dafür, dass entweder diese Gleichgewichtskräfte lahm gelegt sind oder aber, dass sie zwar tendenziell wirksam sind, dass sie aber kompensiert und überkompensiert werden von Kräften, die immer wieder erneut Arbeitslosigkeit erzeugen.

Wenn wir Vollbeschäftigung auf lange Sicht anstreben, gilt es also auf der einen Seite die Flexibilität auf den Arbeitsmärkten zu vergrößern, sodass Arbeitslosigkeit, die entsteht, in kurzer Zeit wiederum abgebaut wird. Auf der anderen Seite sollten möglichst wenige Prozesse (Datenänderungen) am Werk sein, die permanent von Neuem gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeit erzeugen.

Beginnen wir zunächst mit der Stärkung der Flexibilität. Die volle Flexibilität des Arbeitsmarktes wird hierbei sowohl von der Preisflexibilität, also der Fähigkeit der Preise auf Ungleichgewichte zu reagieren als auch von der Elastizität von Angebot und Nachfrage bestimmt, also der Fähigkeit des Angebotes und der Nachfrage sich auf Preis-(Lohn-) Änderungen auf normale Weise an die veränderten Preise anzupassen.

Von einer normalen Reaktion ist dann zuzusprechen, wenn eine Lohnerhöhung eine Mehrnachfrage nach und ein Minderangebot an Arbeit nach sich zieht.

Die Preisflexibilität ist auf den Arbeitsmärkten in erster Linie durch die Tarifverhandlungen vermindert. Auf der einen Seite muss mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass Gewerkschaften unter Androhung von Streiks Lohnerhöhungen erzwingen, die zur Erreichung von Vollbeschäftigung zu hoch sind. Eine gewisse Korrektur können die Arbeitgeber allerdings u.U. durch Kostenüberwälzungen auf den Preis vornehmen und dadurch den Reallohn auf die für Vollbeschäftigung notwendige niedrigere Höhe zu bringen. Das gelingt jedoch nicht, wenn die Unternehmer in Konkurrenz zu ausländischen Unternehmungen stehen, die (verglichen zur Arbeitsproduktivität) ein geringeres Arbeitskostenniveau aufweisen.

Abhilfe könnten hier Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen bringen, die einzelnen Unternehmungen zusammen mit dem Betriebsrat Korrekturen am Lohnniveau auch nach unten erlauben, wenn auf diese Weise Arbeitsentlassungen vermieden werden können.

Auf der anderen Seite haben die in Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber ausgehandelten Tarifverträge eine Dauer zumeist von einem oder mehr Jahren, was zur Folge hat, dass während dieser Zeit die Tariflöhne nicht verändert werden können, auch dann, wenn sich Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt einstellen, die eine Lohnkorrektur erfordern.

Gemildert wird diese Praxis dann, wenn die Unternehmer übertarifliche Lohnzuschläge gewähren, die in Zeiten der Rezession abgebaut werden können, um so die Reallöhne auf ein Niveau abzusenken, das Vollbeschäftigung garantiert. Dem steht oftmals die Rechtsprechung entgegen, wenn Gerichte einen Abbau von übertariflichen Löhnen mit dem Argument verhindern, dass diese Lohnzuschläge schon zu lange gezahlt würden und dass deshalb auf die übertariflichen Lohnzuschläge bereits ein Gewohnheitsrecht bestehe. Verhindern können die Unternehmer eine solche Praxis allerdings, in dem sie bei der Vergabe der übertariflichen Lohnzuschläge eigene Erklärungen von den Arbeitnehmern unterschreiben lassen, dass diese Zahlungen einmaliger Natur sind und dass keine Anrechte auf wiederholte Zahlungen bestehen.

Diese Überlegungen könnten dahin missverstanden werden, dass Vollbeschäftigung ohne langanhaltendes hohes Wirtschaftswachstum nur bei geringem Lohnniveau möglich sei. Natürlich ist es auch unter diesen Bedingungen möglich, dass die Arbeitnehmer am hohen Wohlfahrtsniveau einer Gesellschaft beteiligt werden. Es muss nur sichergestellt werden, dass das

Lohnniveau nicht anhaltend über das Niveau der Arbeitsproduktivität ansteigt.

Das Gesamteinkommen der Arbeitnehmer kann jedoch nicht nur über die Löhne auf hohem Niveau gehalten werden. Das Einkommen der Arbeitnehmer setzt sich aus Lohn- und Kapitaleinkommen zusammen.

Je mehr Arbeitnehmer durch Ersparnisse Vermögen bilden, um so mehr nehmen sie nicht nur über Lohnsteigerungen, sondern auch über Zinserträge an der Wohlfahrt einer Gesellschaft teil.

Darüber hinaus könnte das Ziel der Vollbeschäftigung sehr viel einfacher erreicht werden, wenn ein Teil der Entlohnung der Arbeitnehmer aus Gewinnbeteiligung bestünde.

Die Flexibilität der Arbeitsmärkte hängt weiterhin von der Elastizität der Arbeitsnachfrage ab. Eine Arbeitsnachfrage ist in dem Maße elastisch, in dem Lohnerhöhungen die Nachfrage nach Arbeit reduzieren können, sofern der Lohn in Tarifverträgen über der Grenzproduktivität der Arbeit angesetzt wurde. Diese Möglichkeit ist in der Regel durch einen staatlichen und tarifrechtlichen Kündigungsschutz verbaut. Hierdurch wird die Anpassung der Arbeitsmärkte auf zweierlei Weise behindert.

Auf der einen Seite können Unternehmen unrentabel werden, wenn sie nicht die für eine Aufrechterhaltung der Rentabilität notwendigen Einzelkündigungen vornehmen können. Wenn Betriebe in Konkurs gehen, ist jedoch die Zahl der notwendigen Entlassungen im Allgemeinen größer, als wenn nur einzelne Anpassungsentlassungen durchgeführt werden.

Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass Unternehmungen bei Gültigkeit eines rigorosen Kündigungsschutzes mit der Neueinstellung von Arbeitskräften im Aufschwung zögerlich sind, sie werden versuchen, die nun eingehenden Mehraufträge zunächst über Überstunden zu erfüllen, eventuell auch auf einige Aufträge verzichten und erst dann verzögert Neueinstellungen vornehmen, wenn der Aufschwung bereits voll im Gange ist, wenn also das Risiko eines Rückschlages für die nächste Zeit extrem niedrig ist.

Vermeiden ließe sich diese Inflexibilität entweder dadurch, dass man den Kündigungsschutz auf all seinen drei Ebenen (gesetzlicher, tariflicher Schutz, Schutz durch Rechtsprechung) soweit lockern würde, dass auf jeden Fall betriebsbedingte Kündigungen die von den Unternehmungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durchgeführt werden, möglich sind.

Oder aber man schafft einen zweiten Arbeitsmarkt, auf dem die öffentlichen und karitativen Institutionen die auf dem primären Arbeitsmarkt entlassenen Arbeitskräfte automatisch und sofort übernehmen, sie bleiben also beschäftigt, werden nicht arbeitslos, wobei allerdings - wie an anderer Stelle bereits ausgeführt – bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen, soll der primäre Arbeitsmarkt nicht vollkommen zusammenbrechen.

Für eine schnelle Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes auf Datenänderungen ist es auch notwendig oder zumindest erwünscht, dass auch das Arbeitsangebot auf Lohnänderungen normal reagiert. Lohnsenkungen sollten zu einem Rückgang im Arbeitsangebot führen und damit die Arbeitslosigkeit verringern.

Nun wird es immer Personen geben, die nur zeitweise – in Zeiten der Hochkonjunktur – Arbeit suchen, vor allem, wenn in einem Haushalt mehrere Personen Erwerbspersonen sind. Sie werden, wenn Arbeit knapp wird und deshalb die Bezahlung steigt, vorübergehend eine erwerbswirtschaftliche Arbeit aufnehmen, halten es aber auch nicht für eine Tragödie, wenn sie sich in Zeiten der Rezession bei sinkendem Lohnsatz wiederum zeitweise zurückziehen.

Auf jeden Fall trägt ein solches Verhalten mit dazu bei, dass Ungleichgewichte und insbesondere Arbeitslosigkeiten schneller abgebaut werden und gerade deshalb auch kein so gravierendes soziales Problem wie die Langzeitarbeitslosigkeit darstellen.

Für eine langanhaltende Vollbeschäftigung reicht es jedoch nicht aus, dass die Anpassungskräfte des Marktes voll funktionieren. Sie sind nur in der Lage, Arbeitslosigkeit, die durch Datenänderungen ausgelöst wurde, möglichst schnell wieder abzubauen. Ist der Fluss der Datenänderungen sehr schnell und liegen Datenänderungen vor, die permanent Arbeitslosigkeit in hohem Maße hervorrufen, müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, dass trotz funktionierender Anpassungsfähigkeit des Marktes die Marktkräfte nicht ausreichen, auf Dauer Vollbeschäftigung zu garantieren.

Es besteht die Gefahr, dass der Umfang der immer wieder neu entstehenden Arbeitslosigkeit größer ist als der Umfang des Abbaus der Arbeitslosigkeit, der durch die Gleichgewichtskräfte des Marktes ausgelöst wird. Im Endergebnis besteht hier die Gefahr, dass die Arbeitslosigkeit u.U. sogar langfristig ansteigt.

Wir können diesen Zustand mit einem Kanalisationssystem vergleichen, das unter normalen Bedingungen Regenwasser sofort und vollständig in die Kanäle abführt, das jedoch bei einem Wolkenbruch versagt, weil nun auf einmal in kurzer Zeit so viel Wasser vom Himmel stürzt, dass die Ka-

nalisation das Wasser nicht mehr aufnehmen kann und deshalb das Wasser in den Straßen stehen bleibt und in die Keller eindringt.

Nun müssen wir uns darüber im Klaren werden, dass es sehr unterschiedliche Datenänderungen gibt, und dass es ganz besondere Datenänderungen sind, die diese oben umschriebenen Eigenschaften (sehr große Arbeitslosigkeit aus zu lösen) besitzen.

Wir müssen uns also nun mit der Frage beschäftigen, bei welchen Fällen mit hohen Arbeitslosenzahlen zu rechnen ist und welche Datenänderungen nur in geringem Maße Arbeitslosigkeit auslösen.

Datenänderungen können von privaten Personen ausgelöst werden oder vom Staat. Fast jedes Gesetz oder jede Verordnung – vom Staat erlassen – zwingt eine Vielzahl von Personen – der Tendenz nach alle Personen - zu einem bestimmten Verhalten. Dieses Verhalten ist in der Regel gleichgerichtet und wird sich deshalb gegenseitig verstärken.

Löst also dieses Gesetz ein Verhalten aus, das vorübergehend Arbeitslosigkeit erzeugt, so wird Arbeitslosigkeit kumulativ auftreten, einmal deshalb, weil viele, fast alle Personen zu diesem Verhalten gezwungen werden, zum andern deshalb, weil alles Verhalten in die gleiche Richtung tendiert und damit sich wechselseitig verstärkt, schließlich weil es an einem Stichtag kumuliert auftritt.

Wenn wir jedoch Datenänderungen betrachten, die von einzelnen Personen ausgelöst werden, haben wir diese Kumulierung von Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt nicht in gleichem Maße zu erwarten. Die Datenänderungen treten atomisiert auf. Erstens agieren die einzelnen Personen nicht zur gleichen Zeit, gerade dadurch ist es jedoch für die Marktkräfte leichter, Ungleichgewichte sofort abzubauen.

Weiterhin weisen die Datenänderungen nicht in die gleiche Richtung, die eine Datenänderung mag zu einer Entlassung eines Arbeitnehmers führen, eine andere jedoch gleichzeitig zu einer Neueinstellung. Schließlich treten die Datenänderungen zumeist auch verstreut in den einzelnen Regionen auf. Innerhalb der gesamten Volkswirtschaft heben sich viele Datenänderungen auf diese Weise gegenseitig auf, per Saldo tritt gar kein oder zumindest ein stark vermindertes Ungleichgewicht auf.

Bringen wir nochmals das Beispiel der Kanalisation. Wolkenbrüche führen zu einer Überforderung der Kanalisation. Würde die gleiche Regenmenge über die Zeit verteilt auftreten, würde die Kanalisation vermutlich reibungslos arbeiten.

Verzichtet der Staat also auf massiven Eingriff in die Wirtschaft, verfolgt weiterhin die Ziele einer stabilen und konstanten Wirtschaftspolitik und ist bereit, die Erfordernisse einer Flexibilität des Arbeitsmarktes in ausreichendem Maße zu erfüllen, also z. B. den Kündigungsschutz so zu reformieren, dass er betriebsnotwendige Kündigungen zulässt, dann bestehen gute Chancen, auch ohne permanentes Wachstum langfristige Arbeitslosigkeit zu vermeiden.